

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Christian Fühner, Anna Mareike Bauseneick, Sophie Ramdor, Lukas Reinken, Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung

Ist die Bundeswehr an niedersächsischen Schulen willkommen?

Anfrage der Abgeordneten Christian Fühner, Anna Mareike Bauseneick, Sophie Ramdor, Lukas Reinken, Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU), eingegangen am 08.04.2024 - Drs. 19/4017, an die Staatskanzlei übersandt am 11.04.2024

Antwort des Niedersächsischen Kultusministeriums namens der Landesregierung vom 08.05.2024

Vorbemerkung der Abgeordneten

Ausweislich eines Artikels auf www.tagesschau.de vom 13.03.2024¹ laden Schulen vermehrt Soldaten in den Unterricht ein, nicht, um für den Beruf zu werben, sondern um über Sicherheitspolitik zu diskutieren. Demnach haben im Jahr 2022 Jugendoffiziere der Bundeswehr 4 308 solcher Vorträge an Schulen in Deutschland gehalten.

Nach eigenen Angaben der Bundeswehr vermitteln Jugendoffiziere der Bundeswehr als erfahrene und praxisnahe Referentinnen und Referenten deutschlandweit die Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik. Ihr Angebot richtet sich insbesondere an Lehrerinnen und Lehrer, die in den Jahrgängen 9 bis 13 unterrichten. Die Jugendoffiziere und -offizierinnen leisten einen Beitrag zur politischen Bildung, gehen auf aktuelle (welt-) politische Ereignisse ein und orientieren sich bei Bedarf an den Lehrplänen der Bundesländer. Das Werben um Nachwuchskräfte ist hingegen keine Aufgabe der Jugendoffiziere. Dafür sind innerhalb der Bundeswehr die Karriereberater zuständig².

Gemäß der Antwort des Kultusministeriums in der vergangenen Wahlperiode (Drs. 18/11290) auf eine Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung von Abgeordneten der Fraktion der FDP existieren in Niedersachsen keine expliziten gesetzlichen oder untergesetzlichen Regelungen oder sonstigen Vereinbarungen oder Auflagen zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr.³

Die Bundessprecherin der Grünen Jugend lehnte gegenüber dem Internetportal Table. Briefings am 26.03.2024 „Auftritte von Bundeswehrvertretern in Schulen strikt ab“⁴.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren gemäß ihrem Auftrag u. a. an Schulen und Studienseminaren über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen. Ihr Angebot umfasst verschiedene Formate, etwa Vorträge, aber auch Planspiele und Exkursionen. Die Landesregierung erachtet die Tätigkeit der Jugendoffiziere als wichtigen Beitrag im Rahmen politischer Bildung an

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/jugendoffiziere-schulen-100.html>

² <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/jugendoffiziere>

³ https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_18_12500/11001-11500/18-11290.pdf

⁴ <https://table.media/berlin/analyse/soldaten-in-schulen-gruene-jugend-fordert-verbot-von-bundeswehrauftritten/>

Schulen, dies insbesondere vor dem Hintergrund sich verschärfender internationaler Krisen und Konflikte. Dabei ist es wichtig, zu betonen, dass die Jugendoffiziere - auch gemäß ihrem Selbstverständnis - neben dem Bildungsauftrag keine Nachwuchswerbung an Schulen durchführen.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Schulen und Studienseminare im Rahmen ihrer Eigenverantwortung selbstbestimmt darüber entscheiden, das kostenfreie Angebot der Jugendoffiziere in Anspruch zu nehmen. Dies erfolgt regelmäßig durch die einzelne Lehrkraft in Absprache mit der Schulleitung. Eine enge Abstimmung zwischen Lehrkräften und Jugendoffizieren mit Blick auf deren Handeln im Unterricht ist selbstverständliche Praxis.

Auf Arbeitsebene bestehen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Austausch zwischen den für Niedersachsen zuständigen Stellen der Bundeswehr sowie dem Kultusministerium.

1. Wie viele Vorträge von Jugendoffizieren der Bundeswehr fanden an niedersächsischen Schulen seit dem Jahr 2017 statt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Schulform und Jahrgangsstufe)?

Die Schulen in Niedersachsen entscheiden grundsätzlich eigenverantwortlich darüber, welche Angebote außerschulischer Kooperationspartnerinnen und -partner sie in Anspruch nehmen. Eine Meldepflicht ist nicht zuletzt aufgrund des administrativen Aufwands für die Schulen nicht vorgesehen. Daher liegen der Landesregierung hierzu keine Zahlen vor.

Eine Nachfrage bei den Jugendoffizieren der Bundeswehr ergab die nachfolgenden Informationen zu der Anzahl durchgeführter Vorträge und Tagesseminare an und für Schulen, jedoch ist aus den Unterlagen der Jugendoffiziere keine Aufschlüsselung nach Schulformen und Jahrgangsstufen möglich:

2017: 314

2018: 278

2019: 320

2020: 156

2021: 204

2022: 576

2023: 527

2. Wer entscheidet über die Einladung bzw. die Genehmigung von Besuchen von Jugendoffizieren der Bundeswehr?

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung und die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Existieren mittlerweile Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr zur politischen Bildung?

Zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr besteht eine solche Kooperationsvereinbarung nicht. Vor dem Hintergrund der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie der eingeübten Praxis der Eigenverantwortung der Schulen bei der Auswahl ihrer Bildungsangebote besteht derzeit kein weitergehender Regelungsbedarf.

4. Wenn ja, ist dort der Einsatz von Jugendoffizieren geregelt?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Wenn nein, weshalb nicht?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

6. Wenn Frage 3 verneint wird, ist der Abschluss einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung vorgesehen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

7. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr an den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen und deren Beitrag für die politische Bildung?

Auf die Vorbemerkung der Landesregierung wird verwiesen.